



Bildung



Bundesebildungskonferenz der SPÖ Samstag, 8. Mai 2021

Antrag Nummer 1

Eingebracht vom SPÖ Bundesebildungspräsidium

Regulativ für die Bildungsarbeit in der Sozialdemokratischen Partei Österreichs

Das letzte Regulativ für die Bildungsarbeit in der SPÖ wurde am 20. Oktober 2000 beschlossen. Viele Änderungen sowohl innerhalb als auch außerhalb der SPÖ haben zum Ergebnis geführt, das neue Regulativ diesen Gegebenheiten anzupassen. Neben textlichen Erweiterungen geht es dabei auch um aktuell verwendete Begrifflichkeiten sowie eine Neukoordinierung der Bundesebildungskonferenz sowie des Bundesebildungspräsidiums.

Deshalb fordert die SPÖ Bundesebildungskonferenz 2021:

- das neue „Regulativ für die Bildungsarbeit in der SPÖ“ anzunehmen.
- die Vorlage des beschlossenen Regulativs dem Bundespartei Vorstand vorzulegen und es von diesem beschließen zu lassen.

Abstimmung:

- ▶▶ **Annahme**
- ▶▶ **Ablehnung**
- ▶▶ **Zuweisung an** _____
- ▶▶ **Sonstiges** _____



Bildung



Bundesbildungskonferenz der SPÖ Samstag, 8. Mai 2021

Antrag Nummer 2

Eingebracht vom Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen

150 Jahre Gründungsparteitag in Neudörfel 1874

In drei Jahren feiert die österreichische Sozialdemokratie ein schönes Jubiläum: Vor bald 150 Jahren, am 5. April 1874, kam es im burgenländischen Neudörfel (damals Ungarn), nur einen Kilometer von Wiener Neustadt entfernt, zum „geheimen“ Gründungsparteitag unserer Partei, bei dem 74 Delegierte ein erstes sozialdemokratisches Programm auf den Grundlagen der Ideen von Karl Marx und Friedrich Engels verabschiedeten.

Deshalb fordert die SPÖ Bundesbildungskonferenz 2021:

- die Einsetzung einer in der Bundesgeschäftsführung angesiedelten Arbeitsgruppe (Bundes-SPÖ, SPÖ Burgenland, Bundesbildungsorganisation) zur Vorbereitung einer würdigen Feier im April 2024 in Neudörfel.

Abstimmung:

- ▶▶ **Annahme**
- ▶▶ **Ablehnung**
- ▶▶ **Zuweisung an** _____
- ▶▶ **Sonstiges** _____



Bildung



Bundesbildungskonferenz der SPÖ

Samstag, 8. Mai 2021

Antrag Nummer 3

Eingebracht von der Themeninitiative Umwelt und Nachhaltigkeit

Bildungsoffensive zum Thema Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Seit den 1980er Jahren wird vor einem globalen Klimawandel gewarnt. Mit Beginn des 21. Jahrhunderts werden die Folgen dieser Klimakrise zunehmend spürbar. Diese wird massive Auswirkungen auf die Lebenssituation der Menschen hinsichtlich klimatischer Bedingungen haben. Die Zahl der Hitzetage, mit Temperaturen deutlich über 35° C, in den heißen Sommermonaten, wird sich drastisch erhöhen. Mittlerweile gibt es alleine in Österreich jährlich mehr Hitzetote als Verkehrstote.

Die Erhöhung der Temperaturen wird sich auch dramatisch auf die Landwirtschaft, und damit auf die Lebensmittelproduktion auswirken. Denn mehr Hitzetage bedeutet in der Regel auch längere Trocken- und Dürrephasen. Gleichzeitig steigt die Zahl der Extremwetterlagen, mit Hagel, Starkregen und schweren Unwettern. Vielerorts sind dann Hangrutschungen und Murenabgänge etc. die Folge.

All diese Ereignisse und Folgen des Klimawandels erfordern zum Teil massive Änderungen im Umgang mit der Natur und den natürlichen Ressourcen. Das Thema Umweltschutz wird daher immer wichtiger. Klimaschutz durch Einschränkung des Einsatzes von fossilen Energieträgern wird eine essenzielle Maßnahme sein, um unseren nachkommenden Generationen einen lebenswerten Planeten zu erhalten. Ebenso wird, alleine aufgrund der physikalischen Beschränkung, das Thema Nachhaltigkeit und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen immer wichtiger und unumgänglich.

Die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen (z.B. Abholzung von Regenwäldern etc.) wird in Zukunft zu einem dramatischen Anstieg von Epidemien bis hin zu Pandemien führen.

All diese Verhaltensänderungen, Maßnahmen und Umwelt- und Klimaschutzziele werden einerseits natürlich als Einschränkung von vielen wahrgenommen. Diese beinhalten aber auch eine ungeheure Chance in vielen Lebensbereichen, auch und gerade was die

Schaffung neuer Arbeitsplätze im Bereich von Umwelt- und Klimaschutz aber auch im Bereich der Energiegewinnung und Energieversorgung, Mobilität, Lebensmittelproduktion etc. anlangt.

All diese Themen erfordern allerdings ein grundlegendes Wissen über Klima- und Umweltschutz, Nachhaltigkeit, nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen, Energiegewinnung und Energienutzung etc. Denn nur mit einem grundlegenden Wissen kann auch die Notwendigkeit weitervermittelt werden.

Deshalb fordert die SPÖ Bundesbildungskonferenz 2021:

- ein umfassendes und langfristiges Bildungsprogramm zu den Themen Umwelt- und Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Energie, natürliche Ressourcen etc. für alle Funktionsträger*innen der SPÖ auf allen Entscheidungsebenen.
- eine Bildungsoffensive für alle interessierte SPÖ-Mitglieder und -Sympathisant*innen im Bereich Umwelt- und Klimapolitik.
- die Aufnahme zentraler Lerninhalte der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) wie Klimakrise, Biodiversität, nachhaltiger Konsum und Produktion in das Parteiakademieprogramm.
- Etablierung eines breiteren Angebots von nachhaltigkeitsbezogenen Lehrgängen in den Bildungsakademien der SPÖ.
- die Abhaltung und Finanzierung einer jährlichen Nachhaltigkeitskonferenz, organisiert durch die Bundesthemeninitiative Umwelt und Nachhaltigkeit.

Abstimmung:



Annahme



Ablehnung



Zuweisung an _____



Sonstiges _____



Bildung



Bundesbildungskonferenz der SPÖ

Samstag, 8. Mai 2021

Antrag Nummer 4

Eingebracht vom SPÖ Wiener Bildung

Evaluierung der Fort- und Weiterbildungsangebote für Kandidaturen

Seit Beschlussfassung des Bundesstatutes am 44. Bundesparteitag in Wels im Jahre 2018 sind mittlerweile mehrere Jahre einhergegangen. Der Fort- und Weiterbildung von Kandidat*innen ist im Bundesstatut ein eigener Abschnitt gewidmet.

Unter §31 Kandidaturen ist zum Thema Weiterbildung von Kandidat*innen folgendes festgehalten:

Absatz 1: „Die Landesorganisationen haben jedenfalls auch nähere Bestimmungen zur Wahrnehmung des Weiterbildungsangebotes gemäß Abs. 2 zu regeln.“

Absatz 2: „KandidatInnen sind verpflichtet, das Weiterbildungsangebot der SPÖ wahrzunehmen. Nähere Bestimmungen dazu, vor allem die Nachweiserbringung betreffend, sind von den Landesorganisationen zu beschließen.“

Die Landesorganisationen sind demzufolge verpflichtet, für eine systematische sozialdemokratische Schulungs- und Bildungsarbeit für potenzielle Kandidat*innen für ein öffentliches Mandat zu sorgen.

Die Aus- und Weiterbildung stellt ein zentrales Element der Vermittlung der sozialdemokratischen Grundsätze dar und ermöglicht die Vermittlung von Kenntnissen, die für die praktische politische Arbeit notwendig sind. Außerdem werden durch die sozialdemokratische Bildungsarbeit die Diskussionsfähigkeit, das kritische Denken und damit den demokratischen Willens- und Meinungsbildungsprozess gefördert.

Zur bestmöglichen Vorbereitung der Kandidat*innen für ein öffentliches Mandat und der damit verbundenen Aufgaben, ist eine adäquate Aus- und Weiterbildung durch die jeweiligen Landesorganisationen unumgänglich. Daher ist es auch so wichtig hier eine Bestandsaufnahme vorzunehmen, um eventuell auftretende Lücken in der sozialdemokratischen Bildungsarbeit zu schließen und Verbesserungen vorzunehmen.

Deshalb fordert die SPÖ Bundesbildungskonferenz 2021:

- die Evaluierung der bestehenden Fort- und Weiterbildungsangebote für Kandidat*innen.
- eine Bestandsaufnahme, inwiefern die Angebote zur Fort- und Weiterbildung von den Kandidat*innen auch angenommen werden.
- Optimierung der Angebote für Kandidat*innen (Bedarfserhebung).

Abstimmung:



Annahme



Ablehnung



Zuweisung an _____



Sonstiges _____



Bildung



Bundesbildungskonferenz der SPÖ

Samstag, 8. Mai 2021

Antrag Nummer 5

Eingebracht von den GewerkschafterInnen in der SPÖ

Bildungssystem neu starten. Die Lehren aus Corona ziehen!

Schon im schulischen Normalbetrieb waren sich die Expert*innen einig: In Österreich wird der Bildungserfolg von Kindern in hohem Maße vom Elternhaus geprägt – die Ressourcenausstattung prägt die Bildungschancen der Kinder. Diese Ungerechtigkeit hat sich während der Pandemie verschärft. Laut einer bundesweiten IHS-Studie war etwa jede/r achte Schüler*in während dem „Distance-learning“ kaum oder nicht erreichbar, unter den benachteiligten Schüler*innen war es mehr als jede/r Dritte. Laut Studie waren 80 Prozent der benachteiligten Schüler*innen und 86 Prozent der betreffenden Eltern mit dem Lernen daheim überfordert. In einer von der AK Wien beauftragten IFES Studie waren ein Drittel der Eltern der Meinung, dass ihr Kind mit dem „Distance Learning“ überfordert war und die Hälfte der Eltern meinte, beim Lernen mit ihren Kindern sehr belastet gewesen zu sein. Die nochmals deutliche Zunahme, der in Österreich ohnehin schon großen sozialen Unterschiede infolge der Coronakrise dürfte sich auch auf die Bildungs- und Berufslaufbahnen benachteiligter Schüler*innen negativ auswirken.

Im Hinblick auf die soziale Dimension in der Hochschulbildung muss auch darauf geachtet werden, dass durch die Corona-Krise nicht sozial schwächere Studierende, die auf finanzielle Unterstützungen angewiesen sind, aus dem Hochschulsystem fallen. Diese sind besonders betroffen, weil die Haupteinnahmequelle Erwerbsarbeit vielfach geringer geworden bzw. ganz weggefallen ist.

In der aktuellen gesellschaftlichen und schulischen Ausnahmesituation setzten sich die Sozialdemokratie umso mehr für Gerechtigkeit ein: gerechte Bildungschancen auch in Zeiten von Corona. Denn jeder junge Mensch in Österreich soll seine Talente entdecken und entwickeln, soll das Beste aus sich herausholen können.

Deshalb fordert die SPÖ Bundesbildungskonferenz 2021:

- zielgerichtete Fördermaßnahmen mit Hilfe des Verteilungsmodells eines flächendeckenden Chancenindex. Standortbezogen soll entschieden werden, welche Personalressourcen dafür notwendig sind (zusätzliche Pädagog*innen, Lerncoaches, Sozialarbeiter*innen, Schulpsycholog*innen, etc.).
- mehr verschränkte Ganztagschulen, in denen Unterricht, Üben, Freizeit und Sport über den ganzen Tag verteilt sind.
- die Einführung des verpflichtenden 2. Kindergartenjahrs (kostenfrei und für alle Kinder).
- die Verbesserung der Deutschförderung mit einer durchgängigen Förderung vom Kindergarten über die Volksschule in engem Betreuungsverhältnis sowie spezifische Förderung für Quereinsteiger*innen.
- eine Reform der bisherigen Praxis der Abschlussprüfungen (Lehrabschlussprüfungen, Fachabschlussprüfungen, Diplomprüfungen, Matura) unter stärkerer Einbeziehung und Berücksichtigung der bis zur Prüfung erbrachten schulischen Leistungen.
- den flächendeckenden Ausbau der digitalen Infrastruktur (Hardware und Software) an Grundschulen, Berufsschulen und weiterführenden Bildungseinrichtungen, Notebooks für alle Schüler*innen, ein Unterstützungspaket für Lehrer*innen und freie digitale Lernmaterialien.
- mehr soziale Ausgewogenheit im Hochschulbereich, durch einen Ausbau des Stipendiensystems mit regelmäßiger Valorisierung sowie einer existenzsichernden Ausweitung sowie Abschaffung der Altersgrenze beim Selbsterhalter*innenstipendium.

Abstimmung:

▶▶ **Annahme**

▶▶ **Ablehnung**

▶▶ **Zuweisung an** _____

▶▶ **Sonstiges** _____



Bundesbildungskonferenz der SPÖ

Samstag, 8. Mai 2021

Antrag Nummer 6

Eingebracht von der aks – Aktion kritischer Schüler_innen

Bildungskrise richtig bekämpfen

Das vergangene Schuljahr hat Schulsysteme auf der ganzen Welt auf eine Zerreißprobe gestellt. Distance Learning trotz zu wenig digitalisierten Schulen, der Anstieg von mentalen Problemen von Schüler*innen ohne ausreichende Beratungs- und Hilfestellen und fehlende soziale Unterstützung. An dieser Zerreißprobe ist Österreich mit ausgezeichnetem Erfolg gescheitert.

Schon im vergangenen Schuljahr hat Bildungsminister Faßmann seine Inkompetenz bewiesen. Während von Schüler*innen, Lehrpersonen und Eltern aus ganz Österreich die Forderung aufkam, in einer weltweiten Ausnahmesituation die Maturaprüfungen zu streichen, war Faßmann wahrscheinlich zu beschäftigt damit, sich Termine für Pressekonferenzen zu überlegen. Wenn er sich dann doch mal zu Wort gemeldet hat, könnte man schon fast den Eindruck bekommen, Faßmann sei Bundesminister für Allgemeinbildende höhere Schulen. Wörter wie BMHS, Lehrlinge, Abendgymnasium oder Studierende hat man von ihm nämlich kaum zu hören bekommen.

Auch für seine Leistungen in diesem Schuljahr bekommt Faßmann und die schwarz-grüne Regierung von uns ein Nicht Genügend. Schon im Sommer ließ ein Konzept für Schulöffnungen lange auf sich warten. Anstatt das Wintersemester dafür zu nutzen, den verpassten Stoff aufzuholen, wurden die präsenten Schultage lieber mit Prüfungen, Tests und Schularbeiten gefüllt. Schließlich muss die Leistung ja messbar bleiben. Dieser Leistungsdruck und die psychische Belastung durch die Lockdowns äußern sich auch in

der mentalen Gesundheit von Schüler*innen. 56% der Schüler*innen zeigen laut einer Studie im März 2021 eine depressive Symptomatik. Die Antwort des Bildungsministeriums: kein zusätzlicher Cent im Bildungsbudget für den Ausbau von schulpsychologischer Infrastruktur für das Jahr 2021.

Im zweiten Lockdown wäre doch langsam genug Vorlaufzeit vergangen, um alle Schüler*innen mit technischen Endgeräten und einem Internetzugang auszustatten. Doch auch dieses Thema blieb von der Regierung unangesprochen und tausende Schüler*innen blieben weiterhin auf der Strecke.

Dazu kommt, dass die Rate der Jugendarbeitslosigkeit unaushaltbare Höhen annimmt. Mit über einer halben Million Arbeitsloser wurde eine Rekordhöhe in der zweiten Republik erreicht. Rund 16% der unter 25-jährigen finden aktuell keine Arbeit und sind zum Teil sogar langzeitarbeitslos (Stand März 2021).

Eines wird also ganz klar: Die schwarz-grüne Regierung hat in Sachen Krisenbewältigung auf allen Ebenen versagt. Auch der Bildungssektor steht vor riesigen Hürden, die es zu bewältigen gilt. Dafür braucht es echten und starken Einsatz für progressive Bildungspolitik. Dafür braucht es eine starke SPÖ.

Deshalb fordert die SPÖ Bundesbildungskonferenz 2021:

- die Aufholung verpasster Unterrichtseinheiten durch gratis Summerschools inklusive Betreuungsangebot und Supportpersonal. Werden Pädagog*innen in Ausbildung für den Unterricht hinzugezogen, muss dies auch entlohnt werden und ECTS-Punkte müssen dafür vergeben werden.
- während des nächsten Schuljahres soll Nachhilfeunterricht gratis an den Schulen angeboten werden.
- um den allgegenwärtigen Notendruck in Schulen abzubauen, sollen Ziffernnoten abgeschafft werden und die Wertung von Tests und Schularbeiten im Wintersemester 2021 heruntergeschraubt werden. Die Mitarbeit im Unterricht soll mehr Gewichtung bekommen.
- den Ausbau des Angebots von Supportpersonal an Schulen:

- einE Schulpsycholog*in pro Schule;
- bei Schulen über 1.000 Schüler*innen muss einE zweiter Schulpsycholog*in angeboten werden.
- das Supportpersonal an Schulen soll ausgebaut werden. Das Supportpersonal an Schulen darf nicht nur aus dort unterrichtenden Lehrpersonen bestehen.
- die Einrichtung einer psychologischen Schüler*innenberatung nach Vorbild der psychologischen Studierendenberatung muss landesweit von den Bildungsdirektionen forciert werden.
- die Erhöhung der Ausgaben im Bildungsbudget für Schulpsychologie.
- einen Nationaler Aktionsplan gegen Jugendarbeitslosigkeit.
- im Falle weiterer Lockdowns müssen gratis technische Endgeräte und ein Internetanschluss für jedeR Schüler*in bereitgestellt werden. Außerdem muss es ruhige und für alle zugängliche Lernräume geben.

Abstimmung:

- ▶▶ **Annahme**
- ▶▶ **Ablehnung**
- ▶▶ **Zuweisung an** _____
- ▶▶ **Sonstiges** _____



Bildung



Bundesbildungskonferenz der SPÖ
Samstag, 8. Mai 2021

Antrag Nummer 7

Eingebracht vom Landesbildungsausschuss Tirol

Bildung im Mittelpunkt der politischen Arbeit der Sozialdemokratie

In der Geschichte der Zweiten Republik war es stets die Sozialdemokratie, die den Zugang zu Bildung für alle vorangetrieben hat. Die Gründung der Volkshochschulen, der freie Hochschulzugang und die Schulbuchaktion sind nur einige prägende Erfolge unserer Bewegung. Die neoliberalen und rechten Kräfte jedoch arbeiten täglich und mit Vehemenz daran, unser Bildungssystem durch frühe (und immer frühere) Segregation zu einem Zweiklassensystem zu machen und höhere Bildung vornehmlich den Eliten zu erschließen. Arbeiter*innenkinder bzw. Kinder, deren Eltern über keinen akademischen Abschluss und/oder über ein geringes Einkommen verfügen, haben im Laufe ihrer Bildungslaufbahn weitaus geringere Chancen, ihre Talente zu entfalten, Förderung zu erfahren und ihren Weg in Selbstbestimmung und Freiheit zu wählen. Ganz im Gegenteil hat die Ungleichheit in der Bildung in den letzten Jahrzehnten – vor allem seit Schwarz-Blau I – massiv zugenommen. Mit der Corona-Pandemie wird sich nicht nur die Ungleichheit zwischen Arm und Reich, sondern auch die Ungleichheit des Zugangs zur Bildung weiter verschärfen. Es gibt viele Facetten dieser Ungleichheit – sei es die zu kleine Wohnung, um den eigenen Kindern im Distance Learning einen passenden Lernarbeitsplatz anzubieten, sei es die Student*in, die sich keinen neuen Laptop leisten kann oder der/die Mittelschüler*in, dessen Eltern ihn/sie nach einer 10-Stunden-Schicht einfach nicht so gut unterstützen können, wie er es vielleicht bräuchte.

Um es mit der ehemaligen Bildungsministerin Sonja Hammerschmid zu sagen: „Wir müssen die Kinder in den Mittelpunkt unseres Handelns stellen und die Talente und Potenziale jedes einzelnen Kindes, individuell beginnend mit der Elementarpädagogik, fördern. Egal woher sie kommen, welchen Namen sie tragen und wer ihre Eltern sind.“

Stellen wir die Bildungspolitik wieder in den Mittelpunkt der Sozialdemokratie und entwerfen wir mutige, fortschrittliche und gesamtheitliche Konzepte und Ideen, die Kinderbildung und Schule vom Kind her denken, die kompromisslos den Menschen in den Mittelpunkt stellen und nicht die individuelle Finanzkraft oder die Verwertbarkeitslogik des sogenannten freien Marktes.

Deshalb fordert die SPÖ Bundesbildungskonferenz 2021:

- es soll eine bundesweite Arbeitsgruppe eingesetzt werden, die ein fortschrittliches, innovatives und gesamtheitliches Konzept des österreichischen Bildungssystems ausarbeitet unter Einbeziehung von Expert*innen aus Wissenschaft und Praxis.
- ein überparteilicher Bildungskonvent mit Wissenschaft und Expert*innen soll forciert werden mit dem Ziel, das österreichische Bildungssystem zukunftsfit zu machen.
- es soll eine bundesweite SPÖ-Bildungskampagne gestartet werden.
- solidarische Bildungspolitik soll als Herzstück der Sozialdemokratie verstanden und definiert werden. Im Sinne dieses Verständnisses sollen Maßnahmen gesetzt werden, welche auch öffentlich transportiert und politisch offensiv eingefordert werden.

Abstimmung:



Annahme



Ablehnung



Zuweisung an _____



Sonstiges _____



Bundeseidungskonferenz der SPÖ Samstag, 8. Mai 2021

Antrag Nummer 8

Eingebracht vom Sozialdemokratischer LehrerInnenverein Österreichs

Bildung braucht Freiheit!

Autonomie verfolgt keinen Selbstzweck, sondern ist eine Grundlage für das pädagogisch professionelle Wirken an unseren Standorten. Die Schule hat die junge Generation in ihrer gesamten Diversität zu unterrichten und zu erziehen. Auf unterschiedliche Bedürfnisse, Fähigkeiten und Interessen muss der einzelne Schulstandort reagieren können. Einschränkungen durch zentrale Vorgaben erschweren der Schule Kindern in ihrer Individualität gerecht zu werden.

Deshalb fordert die SPÖ Bundeseidungskonferenz 2021:

- angesichts der aktuellen „Verordnungsunkultur“ des BMBWF immer wieder autonome Rechte der Schulpartner*innen öffentlich thematisiert, einfordert und zu deren Erweiterung beiträgt. Insbesondere erwarten die sozialdemokratischen Lehrer*innen, dass in den Bereichen
 - alternative Leistungsbeschreibung (Volksschule)
 - Differenzierungsmaßnahmen (Mittelschule)
 - Leistungsbeurteilung (Mittelschule)
 - Sprachförderung (alle Schularten)
 - Stundentafeln (alle Schularten)
 - Organisation des ganztägigen Schulalltages (alle Schularten)

die autonomen Handlungsspielräume der Lehrer*innenkonferenzen (§ 57 SchUG) und schulpartnerschaftlichen Gremien (§§ 63a und 64 SchUG) verteidigt bzw. ausgebaut werden.

- der Bundesbildungskonferenz weist darauf hin, dass die Autonomie an vielen Standorten allzu oft unter den Rahmenbedingungen einer Mangelbewirtschaftung gelitten hat und leidet. Daher fordert die Bundesbildungskonferenz eine transparente und den pädagogischen Herausforderungen entsprechende Ressourcenzuteilung, bei der die Kosten für Administration, Krankenstände und Vertretungsleistungen den pädagogischen Etat nicht belasten.

Abstimmung:

- ▶▶ **Annahme**
- ▶▶ **Ablehnung**
- ▶▶ **Zuweisung an** _____
- ▶▶ **Sonstiges** _____



Bildung



Bundesbildungskonferenz der SPÖ

Samstag, 8. Mai 2021

Antrag Nummer 9

Eingebracht vom Sozialdemokratischer LehrerInnenverein Österreichs

Schulleitungstätigkeit attraktiver machen!

Der Aufgabenbereich von Schulleiter*innen im Pflichtschulbereich hat sich in den letzten Jahren wesentlich geändert und erweitert. Durch das Bildungsreformgesetz 2017 sind zahlreiche Aufgaben der Schulaufsicht in die Kompetenz der Schulleitung übergegangen. Zusätzlich haben die Aufgaben im Bereich der Schulentwicklung, des Schulqualitätsmanagements und auch des Bildungscontrollings massiv zugenommen. Dokumentationspflichten und Evaluationsaufträge des Ministeriums machen Schulleiter*innen zu Buchhalter*innen und Sekretariatskräften der Ministerialbürokratie. Die pädagogische Arbeit mit den Schulpartner*innen bleibt zu oft auf der Strecke.

Die Schulleiter*innen erledigen ihre Aufgaben innerhalb des ihnen gesetzlich vorgegebenen Rahmens. Dieser ist seit Jahrzehnten unverändert und keinesfalls mehr den tatsächlichen schulischen Erfordernissen entsprechend. Im Pflichtschulbereich müssen im Gegensatz zum Höheren Schulbereich alle Aufgaben der Administration und Sozialarbeit ohne jegliches, gesetzlich zustehendes Unterstützungspersonal abgedeckt werden.

Deshalb fordert die SPÖ Bundesbildungskonferenz 2021:

- sich für eine Änderung der gesetzlichen Regelungen im Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz LDG 1984, Landesvertragslehrpersonengesetz LVG 1966 sowie im Gehaltsgesetz dahingehend einzusetzen, dass die Funktion einer Schulleitung im Bereich der allgemeinbildenden Pflichtschulen sowohl in finanzieller als auch in dienstrechtlicher Hinsicht attraktiver und den Regelungen im Höheren Schulbereich möglichst angepasst wird.

- ebenso wird im Rahmen dieser Anpassungen vor allem zusätzlicher Support im pädagogischen und administrativen Bereich gefordert, unter anderem die Einführung von stellvertretenden Schulleitungen mit den entsprechenden dienst- und besoldungsrechtlichen Bestimmungen.

Abstimmung:

- ▶▶ **Annahme**
- ▶▶ **Ablehnung**
- ▶▶ **Zuweisung an** _____
- ▶▶ **Sonstiges** _____



Bundesbildungskonferenz der SPÖ

Samstag, 8. Mai 2021

Antrag Nummer 10

Eingebracht von den GewerkschafterInnen in der SPÖ

Chancen-Index für eine Fairteilung von Bildungschancen

In Österreich wird der Bildungserfolg von Schüler*innen nach wie vor in hohem Maße vom Elternhaus geprägt. Manche Schüler*innen haben zuhause eine ganze Bibliothek, andere nicht einmal eine stabile Internetverbindung. Manche Eltern können ihren Kindern bei den Hausaufgaben helfen, andere können diese Zeit wegen beruflichen Belastungen einfach nicht aufbringen. Und Nachhilfe als Lösung ist für viele nicht leistbar und gesellschaftlich dauerhaft nicht akzeptabel. Fehlt Kindern und Jugendlichen dieser Rückhalt zuhause, bleibt der schulische Erfolg der Kinder oftmals aus. Dabei sollte Schule eigentlich Chance bedeuten. Die Schule ist der Ort, an dem alle Kinder in Österreich ihr Potential ausschöpfen, das Beste aus sich herausholen und sich ihren Platz in der Gesellschaft holen können.

Wenn aber Kinder unterschiedliche Herausforderungen mitbringen, müssen Schulen das irgendwie ausgleichen können. Die Arbeiterkammer hat ein Modell für eine gerechte, transparente und bedarfsorientierte Schulfinanzierung entwickelt, um das Angebot der Schule genau an diese Voraussetzungen der Schüler*innen anzupassen: den AK Chancen-Index. Das Grundprinzip dabei ist eine solide Basisfinanzierung für alle Standorte. Für Schulen mit größeren Herausforderungen gibt es zusätzliche Mittel auf Basis des AK Chancen-Index. Er zeigt, unter welchen Bedingungen jede einzelne Schule arbeitet – und welche zusätzlichen Mittel sie braucht, um allen Schüler*innen in Österreich ihre Chancen zu geben.

Gerade die Bildungslockdowns des letzten Schuljahres haben gezeigt, dass Bildung mehr denn je von der finanziellen Ausstattung des Elternhauses abhängt, was zu gravierenden

Lernrückständen führt. Durch die Schulschließungen während der Corona Krise sind viele Schüler*innen mit weniger Lernstunden und Auseinandersetzung mit dem Unterrichtsstoff wieder in die Schule zurückgekehrt. Das trifft manche Schulen stärker als andere. Die Schulstandorte, die schon vor Corona größere Herausforderungen hatten, sind nun mit noch größeren Schwierigkeiten konfrontiert. Diese Schulen müssen die unterschiedlichen Herausforderungen, die die Kinder mitbringen, dann ausgleichen. Speziell diese Schulen brauchen dringend Unterstützung.

Das aktuelle Regierungsübereinkommen sieht erstmals eine bedarfsorientierte Mittelvergabe für Schulen mit „besonderen Herausforderungen“ vor. In einem Pilotprojekt sollen 100 Schulen mit „besonderen Herausforderungen“ zusätzliche Mittel erhalten. Dieses Pilotprojekt kann aber mit 100 Schulen lediglich einen geringen Anteil der Schulstandorte mit großen Herausforderungen abdecken. 100 teilnehmende Schulen bedeutet, dass lediglich jede 11 Pflichtschule mit großen Herausforderungen berücksichtigt wird. Außerdem ist das Budget mit 15 Millionen Euro sehr knapp kalkuliert.

Aber ein Chancen-Index ist nur dann erfolgreich, wenn er ambitioniert umgesetzt und ausreichend finanziert wird und somit flächendeckend wirken kann. Dabei muss die Vergabe zusätzlicher Mittel mit aktiver Schulentwicklung und pädagogischer Freiheit der Standorte verknüpft werden. Denn Erfahrungen aus internationalen Reformprojekten, wie die „London Challenge“ oder das deutsche Aktionsprogramm „Schule macht sich stark“, zeigen, dass zusätzliche Mittel alleine noch nichts bewirken. Es braucht Schulkonzepte für die pädagogische Arbeit am Schulstandort und fokussierte Schulentwicklung. Nur so können die Schulen nachhaltig weiterentwickelt werden mit dem Ziel, jedes Kind optimal zu fördern. Gerade nach den Corona-bedingten Schulschließungen sollte die Verfolgung dieses Ziels oberste Priorität haben. Deshalb braucht es dringend eine Ausweitung auf mindestens 500 Schulen, statt der 100 wie vom Bildungsministerium vorgesehen.

Deshalb fordert die SPÖ Bundesbildungskonferenz 2021:

- das Pilotprojekt muss durch die Corona Krise von 100 auf 500 Pilotschulen ausgeweitet werden.
- das Pilotprojekt muss mit zusätzlichen finanziellen Mitteln aus dem Bundesbudget finanziert werden, die anschließend über einen Chancen-Index nach Vorbild des AK Modells an 500 Schulen mit großen Herausforderungen verteilt werden.
- das Pilotprojekt mit 500 Schulen sollte auf Volksschulen beschränkt werden. Je früher Fördermaßnahmen im schulischen Bereich angesetzt werden, desto wirkungsvoller sind sie für die erfolgreichen Schulverläufe von Kindern. Nachgelagerte Schultypen (NMS, AHS) profitieren in diesem Fall indirekt durch die verbesserten Lernbedingungen für Schüler*innen in den Volksschulen. Außerdem ist wahrscheinlich, dass auf Grund des Alters Schüler*innen an Volksschulen mit den größten Problemen beim „Distance Learning“ konfrontiert waren.
- trotz des Pilotprojekts muss die flächendeckende Umsetzung einer gerechten und transparenten Schulfinanzierung nach dem AK Chancen-Index weiterhin das Ziel bleiben. Um allen Schüler*innen in Österreich ihre Chancen zu geben, muss diese Umsetzung möglichst rasch erfolgen.

Abstimmung:



Annahme



Ablehnung



Zuweisung an _____



Sonstiges _____



Bildung



Bundesbildungskonferenz der SPÖ

Samstag, 8. Mai 2021

Antrag Nummer 11

Eingebracht vom Landesbildungsausschuss Kärnten

Fächerübergreifende politische Bildung

In den Lehrplänen der österreichischen Schulen gibt es derzeit Politische Bildung nur im Fach „Geschichte und Politische Bildung“. Da sich politische Entscheidungen nicht nur auf ein Themengebiet auswirken, sollte politische Grundbildung fächerübergreifend behandelt werden. Die Bundesbildungskonferenz fordert daher die Implementierung von politischer Bildung in verschiedenste Schulfächer ab der achten Schulstufe.

Wenn wir von politischer Bildung sprechen, meinen wir mehr als das Durchlesen verschiedener Parteiprogramme. Wir berufen uns auch auf die demokratischen Rechte der Bürger*innen. Kenntnisse der Verfassung, der politischen Geschichte und auch der wirtschaftlichen, sozialen und internationalen Zusammenhänge, Grundwissen bezüglich der Möglichkeiten politischer Partizipation, sowie das allgemeine Wahlrecht – das alles sind Grundlagen, die man den Schüler*innen vermitteln muss. Die Schule muss der Ort sein, an dem Schüler*innen auf das Leben vorbereitet werden. Deshalb ist es im Angesicht der steigenden Politikverdrossenheit in der Bevölkerung notwendig, junge Menschen schon in der Schule auf ihre Rechte im Sinne der Mitbestimmung hinzuweisen.

Deshalb fordert die SPÖ Bundesbildungskonferenz 2021:

- die Einführung politischer Bildung in den Lehrplan geeigneter Schulfächer. Im Lehrplan müssen Elemente der Politikwissenschaft enthalten sein, die Einblicke in die ideologischen Grundsätze unserer Gesellschaft bieten. Außerdem muss der Fokus auf „Bürger*innenrechte und -pflichten“, sowie auf die Verfassung und den wichtigsten Gesetzen liegen und einen Einblick in die Abläufe der Europäischen Union sowie des österreichischen Nationalrates geben.

Abstimmung:



Annahme



Ablehnung



Zuweisung an _____



Sonstiges _____



Bildung



Bundesbildungskonferenz der SPÖ

Samstag, 8. Mai 2021

Antrag Nummer 12

Eingebracht vom Landesbildungsausschuss Kärnten

Vermittlung von Medienkompetenz in der Schule im Hinblick auf Fake News

Der Begriff „Fake News“ ist mittlerweile jeden bekannt. Geprägt und populär gemacht hat diesen der nicht mehr amtierende US-Präsident Donald Trump. Seriöse Medien und deren kritische Berichterstattung über Trump hat er selbst als Fake News abgestempelt. Mittlerweile ist der Begriff auch in Europa stark vertreten und über die Regulierung von Fake News wird im Moment viel diskutiert. In Frankreich kann die Verbreitung von Fake News mittlerweile bestraft werden. Die Schäden der Verwendung des Begriffs haben bereits zu sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen geführt.

Im Laufe der Jahre hat sich der Begriff ausgeweitet und lässt sich auf ein breites Spektrum an Medien, vor allem im Internet, anwenden. Dadurch entstehen jede Menge Onlinequellen, die keinen besonderen Wert auf seriöse Fakten und Recherchen legen, sondern sich viel mehr mit Hetze und Hass gegenüber einzelnen Bevölkerungsschichten beschäftigen.

Schüler*innen kommen schon früh, mit verschiedenen Medien in Kontakt. Ohne Vorbildung ist es schwer die verschiedenen Quellen selbst einzuschätzen. Somit werden Schüler*innen empfänglich für populistische Parolen.

Ein erster Schritt in der Bekämpfung von Fake News kann somit getan werden, indem bereits in der Schule ein bewusster Umgang mit vermittelt wird.

Deshalb fordert die SPÖ Bundesbildungskonferenz 2021:

- die Vertiefung der Medienkompetenz in der Schule, in dem Schüler*innen einerseits das technische Know-how vermittelt wird, um mit den neuesten Geräten umgehen zu können, aber auch die Kritikfähigkeit zwischen seriöser und unseriöser Berichterstattung zu unterscheiden.
- verpflichtende Fortbildungskurse für Lehrer*innen, in denen diese geschult werden, medienkritischen Umgang pädagogisch zu vermitteln.
- die Einführung eines Moduls Medienkritikkompetenz in der Fachdidaktik der einzelnen Lehramtsstudien.

Abstimmung:



Annahme



Ablehnung



Zuweisung an _____



Sonstiges _____



Bundeskommunikationskonferenz der SPÖ
Samstag, 8. Mai 2021

Antrag Nummer 13

Eingebracht vom Landesbildungsausschuss Kärnten

Verpflichtende präventive schulische Maßnahmen und Notfallpläne bei Mobbing!

Wissenschaftliche Studien zeigen, dass in nahezu jeder Klasse Mobbing passiert und Lehrer*innen nur einen kleinen Teil davon mitbekommen. Mobbing tritt eher dort auf, wo es verharmlost wird und nicht darüber gesprochen wird. Wird in der Schule offen (vor allem auch von allen Lehrer*innen) über Mobbing gesprochen, dann ist für jeden klar: "In dieser Schule wird kein Mobbing geduldet." Deshalb ist es auch wichtig, dass offen über Mobbing gesprochen wird, wenn man betroffen ist, oder es beobachtet.

Wenn man Mobbing-Täter*innen zur Rede stellt, sagen viele: "Ich habe doch nur einen Spaß gemacht!". Aber: Mobbing ist definitiv kein Spaß! Mobbing verletzt Menschen! Betroffenen geht es schlecht, sie fühlen sich oft hilflos und ohnmächtig, haben Angst vor dem nächsten Schultag usw.

Mit dem/der Lehrer*in zu reden ist für viele Schüler*innen, die gemobbt werden, ein schwieriges Thema. Viele befürchten, dass das Mobbing noch zunimmt, wenn der/die Lehrer*in mit den beteiligten Schüler*innen oder vor der ganzen Klasse darüber redet. Es ist keine Frage, dass das eine unangenehme Situation ist. Trotzdem ist es wichtig, sich Unterstützung zu holen.

Deshalb fordert die SPÖ Bundeskommunikationskonferenz 2021:

- der Bildungsdirektor wird aufgefordert, verpflichtende und altersgerecht angepasste Maßnahmen, welche bereits vereinzelt in Schulen erfolgreich zur Prävention zum Einsatz kommen, flächendeckend an allen Schulen zu installieren. Die umgehende

Erstellung eines Notfallplanes, welcher im Falle von Bekanntwerden von Mobbing sofort in Kraft tritt, ist seitens der Bildungsdirektionen in Auftrag zu geben und an allen Schulen verpflichtend zu implementieren. Die Schule muss aktiv gegen Mobbing auftreten, von der Volksschule bis in die Berufsschule bzw. ins Erwachsenenalter. Die Mittel für Schulsozialarbeit sind dahingehend aufzustocken, dass Mobbing-Prävention und Clearing von Schulsozialarbeiter*innen an jeder Schule professionell begleitet wird. Die Einrichtung von Mobbing-Clearing-Teams als Erstanlaufstellen in den Schulen, welche aus eigens dafür geschulten Lehrer*innen und Schüler*innen bestehen, sollen zum allgemeinen Standard einer jeden Schule in Österreich werden.

Abstimmung:

- ▶▶ **Annahme**
- ▶▶ **Ablehnung**
- ▶▶ **Zuweisung an** _____
- ▶▶ **Sonstiges** _____



Bildung



Bundesbildungskonferenz der SPÖ

Samstag, 8. Mai 2021

Antrag Nummer 14

Eingebracht vom Landesbildungsausschuss Kärnten

Keine weiteren finanziellen Belastungen für Auszubildende!

Für Lehrlinge über 18 Jahre, die ab September 2018 neu eingetreten sind, wird die „Lehrlingsentschädigung“ von 753 Euro wieder auf 325,80 Euro gekürzt. Somit erhalten Lehrlinge in der überbetrieblichen Ausbildung (ÜBA) in Zukunft weniger Geld. Denn gerade in diesem Alter sind viele Jugendliche auf sich alleine gestellt oder ihre Familien können es sich nicht leisten, dass ihr Kind so lange in einer Ausbildung und damit de facto ohne Einkommen ist. Kürzungen in der überbetrieblichen Ausbildung lösen weder den Fachkräftemangel, noch wird dadurch ein Lehrplatz mehr geschaffen.

Deshalb fordert die SPÖ Bundesbildungskonferenz 2021:

- die Bundesregierung wird aufgefordert, die Kürzung der Ausbildungsbeihilfe für über 18-Jährige sofort zurückzunehmen und die entsprechende Anpassung an laufende Ausbildungsverträge vorzunehmen.
- die Bundesregierung muss ein klares Bekenntnis zur überbetrieblichen Ausbildung abgeben, solange es nicht für jeden Jugendlichen einen geeigneten Lehrplatz gibt.

Abstimmung:

▶▶ **Annahme**

▶▶ **Ablehnung**

▶▶ **Zuweisung an** _____

▶▶ **Sonstiges** _____



Bildung



Bundesbildungskonferenz der SPÖ

Samstag, 8. Mai 2021

Antrag Nummer 15

Eingebracht von den GewerkschafterInnen in der SPÖ

Die „Initiative Erwachsenenbildung“ muss verlängert werden

Die „Initiative Erwachsenenbildung“ (I:EB) wurde in einer von BM Claudia Schmied eingesetzten Arbeitsgruppe - in der auch die Sozialpartner*innen vertreten waren - seit 2008 vorbereitet und 2012 umgesetzt. Seitdem gibt es in ganz Österreich ein für die Teilnehmer*innen kostenfreies, flächendeckendes und qualitätsgesichertes Angebot an Lehrgängen im Bereich Basisbildung und zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses. Die Finanzierung übernehmen Bund und Länder im Verhältnis 1:1. Im Laufe der Zeit gelang es, auch Mittel des Europäischen Sozialfonds für die Basisbildung einzusetzen, womit das Kurskontingent verdoppelt werden konnte.

Die I:EB ist eine 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern und wird stets befristet abgeschlossen. Die Programm-Periode III der I:EB läuft mit Ende 2021 aus und muss daher zeitgerecht verlängert werden, um in die Programm-Periode IV übergehen zu können.

Basisbildung heißt nicht nur Alphabetisierung (Lesen, Schreiben) und Erwerb von grundlegenden Mathematik-Kenntnissen, sondern auch Erlernen des Umgangs mit der neuen digitalen Technologie. All das ist für die Orientierung im Alltag und für die Teilhabe am politischen, am demokratischen Prozess unverzichtbar. Der Pflichtschul-Abschluss wiederum ist formale Voraussetzung für das Beschreiten weiterer Bildungswege, wie etwa für den Besuch einer Schule für Berufstätige. Der erfolgreiche Abschluss eröffnet neue berufliche Entwicklungsmöglichkeiten. Anschließend an eine Matura kann auch ein Studium aufgenommen werden.

Neues Förder-Modell für die Berufsreifeprüfung

Die Berufsreifeprüfung (BRP) ist wie die I:EB ein bildungspolitischer Meilenstein, sie verkürzt den Weg zur Matura für Absolvent*innen einer Lehrausbildung oder einer Fachschule. Die BRP wurde auf Grundlage eines von den Sozialpartner*innen ausgearbeiteten Modells Im Jahr 1997 eingeführt und wertete eine berufliche Ausbildung und Berufspraxis deutlich auf: Mit jetzt vier Teilprüfungen – anstatt wie davor Prüfungen über alle Fächer einer höheren Schule – erwirbt man die BRP, die erstens den Weg an eine Universität oder Fachhochschule eröffnet und zweitens im öffentlichen Dienst als „B-wertig“ anerkannt wird.

Allerdings muss die Teilnahme an den Vorbereitungslehrgängen auf die Teilprüfungen der BRP privat finanziert werden. Hier gibt es (unterschiedlich hohe) Zuschüsse von den Ländern, der Bund beteiligt sich bisher nicht an den Kosten der BRP, die Erwachsene zu tragen haben (das vom Bund finanzierte Programm „Lehre mit Matura“ gibt es nur für Lehrlinge und Jugendliche in einer überbetrieblichen Ausbildung).

So wie der Besuch der Schulen für Berufstätige für die Schüler*innen gratis ist, soll auch die BRP ohne Teilnahmegebühren absolviert werden können: Bund und Länder sollen ein gemeinsames, aufeinander abgestimmtes Förder-Modell entwickeln, mit Einbindung der Sozialpartner*innen und der Erwachsenenbildungs-Institute, die Vorbereitungslehrgänge auf die BRP durchführen.

Deshalb fordert die SPÖ Bundesbildungskonferenz 2021:

- die „Initiative Erwachsenenbildung“ muss verlängert werden.
- ein österreichweites Fördermodell für die Berufsreifeprüfung soll entwickelt und umgesetzt werden.

Abstimmung:

▶▶ **Annahme**

▶▶ **Ablehnung**

▶▶ **Zuweisung an** _____

▶▶ **Sonstiges** _____



Bundesbildungskonferenz der SPÖ

Samstag, 8. Mai 2021

Antrag Nummer 16

Eingebracht vom Landesbildungsausschuss Kärnten

Neue Studienrichtungen an der Alpen-Adria-Universität

Eine Erweiterung der Studiengänge im juristischen Bereich und Wirtschaftspädagogik wird positive Auswirkungen haben und außerdem eine Bereicherung für die Alpen-Adria-Universität (AAU) sein. Da in Klagenfurt schon Studienrichtungen wie Wirtschaft, Recht und Lehramt, den Masterstudiengang International Management und Erwachsenenbildung in Erziehungs- und Bildungswissenschaften angeboten werden (diese Studiengänge sind Interdisziplinär), sind die organisatorischen und strukturellen Rahmenbedingungen schon da. Die anfallenden Kosten für ein Jurastudium und Wirtschaftspädagogik würden im Sinne einer interdisziplinären und institutsübergreifenden Forschung nicht hoch sein. Darüber hinaus wurde das Budget der Alpen Adria Universität in Klagenfurt für die Periode 2019 bis 2021 neu beschlossen und weist ein Plus von 10 Prozent (184,5 Millionen Euro) im Vergleich zur letzten LV- Periode auf.

Wir müssen anmerken, dass die AAU mit massiven Rückgängen bei den Inskriptionszahlen kämpft. Ein Zuwachs der Studierendenzahlen würde dem Land zugutekommen und würde sich positiv auf die Leistungsvereinbarungsverhandlungen des Budgets der AAU auswirken.

Deshalb fordert die SPÖ Bundesbildungskonferenz 2021:

- die Einführung der Studienrichtungen Wirtschaftspädagogik und Wirtschaftsrecht an der AAU in Klagenfurt.

Abstimmung:



Annahme



Ablehnung



Zuweisung an _____



Sonstiges _____



Bundesbildungskonferenz der SPÖ Samstag, 8. Mai 2021

Antrag Nummer 17 Eingebracht vom SPÖ Wiener Bildung

Verkehrsflächen- und Schulbenennung nach Ernst Papanek

Der Wiener Sozialist, Pädagoge und Zwischenkriegs-Gemeinderat ist heute leider sehr in Vergessenheit geraten. Dabei hat er hunderten jüdischen Kindern das Leben gerettet, war ein wichtiger Mitarbeiter von Otto Glöckel und hat die Lehren der Wiener Schulreform in die halbe Welt getragen.

Vor einiger Zeit ist das Buch „Auf Wiedersehen, Kinder!“ von Lilly Maier erschienen. Es die Biographie von Ernst Papanek. Mit dem Buch wird versucht, Ernst Papanek bekannter zu machen. Gerade für Bildungsinteressierte ist sein Leben und vor allem seine pädagogischen Lehren mehr als spannend, es ging ihm immer mehr um die psychische Gesundheit der Kinder und das Lernen von Fähigkeiten wie Selbstbewusstsein als um reines Faktenlernen. Auch heute können wir noch sehr viel von ihm lernen.

Dazu wurde im April 2021 eine Online Lesung von Seiten des Mauthausen-Komitees Wr. Neustadt in Zusammenarbeit mit der SPÖ-Bundesbildung durchgeführt. Im Zuge der anschließenden Diskussion wurde diese Forderung eingebracht.

Deshalb fordert die SPÖ Bundesbildungskonferenz 2021:

- die Benennung einer Verkehrsfläche nach Ernst Papanek.
- die Benennung einer Schule nach Ernst Papanek.

Abstimmung:



Annahme



Ablehnung



Zuweisung an _____



Sonstiges _____